N I E D E R S C H R I F T

über die Beratung der Gemeindevertretung am 03.11.2011

Ort: **Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Bürgersaal**
Beginn: **18:00 Uhr**
Ende: **23:05 Uhr**
Anwesenheit: **siehe Anwesenheitsliste**

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Eröffnung der Sitzung der Gemeindevertretung Kleinmachnow und Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Herrn Warnick.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur Sitzung an alle Gemeindevertreter fristgemäß erfolgte.

TOP 2 Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 08. September 2011

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom 08. September 2011 vor.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 08. September 2011 wird festgestellt.

TOP 3 Ergänzung und Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 03. November 2011

Als Tischvorlage an alle Mitglieder der GV wurde verteilt:
- Beantwortung von Fragen des Gemeindevertreters Frank Musiol aus der Sitzung des Hauptausschusses am 24. Oktober 2011 – vertraulich

- TOP 5.4 Bericht gewog entfällt, da der Geschäftsführer Herr Fischer auf Grund eines wichtigen Termins nicht anwesend ist. Der Tagesordnungspunkt wird in der Sitzung der Gemeindevertretung am 15. Dezember 2011 behandelt.

Herr Musiol
Für die Fraktion WIR hatte ich den Tagesordnungspunkt Information und Aussprache zu Verkehrssicherungsmaßnahmen auf dem Weinberg eingereicht, den Sie unter TOP 15 eingeordnet haben. Ich bitte darum, in Zukunft den Tagesordnungspunkt so

wie er eingereicht wurde auch zu übernehmen und nicht zu ändern. Ich hatte das Wort Verkehrssicherungsmaßnahmen in Anführungszeichen gesetzt, auf der Tagesordnung steht das Wort Weinberg in Anführungszeichen.

- Der Vorsitzende Herr Warnick nimmt den Hinweis zur Kenntnis.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom 03. November 2011 wird festgestellt.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

1. Herr Hartig, Eichhörnchenweg 40

1.1. Meine Frage bezieht sich auf Presseartikel aus MAZ und PNN vom 01.11. und 02.11.2011 zum Ausbau des Radweges am Weinberggymnasium. Vor vier bis fünf Jahren hat sich die Gemeindevertretung damit ausgiebig befasst und diejenigen, die heute verlangen, dass dieser Weg ausgebaut wird, haben damals den Ausbau verhindert. Die damaligen Vorschläge zum Ausbau waren gut, heute ist nur noch ein Fußweg vorgesehen. Welche Baumaßnahmen werden dort konkret durchgeführt und wann werden sie beginnen?

Bürgermeister Herr Grubert
Auf der heutigen Tagesordnung steht ein Beschlussvorschlag des Bürgermeisters zum Gehwegausbau in der Straße Am Weinberg. Er betrifft verkehrssicherungspflichtige Maßnahmen, da der Gehweg sowohl auf der östlichen, als auch auf der westlichen Seite erneuert werden soll, so dass ich dem Beschluss jetzt nicht vorgreifen kann. Der Straßenausbau steht heute nicht auf der Tagesordnung. Zu Ihrer Anmerkung, dass ein Ausbau vor fünf Jahren abgelehnt wurde, kann ich nichts sagen. Grundsätzlich sind Verwaltung und Gemeindevertretung aber bestrebt, eine Schulwegsicherung in allen Bereichen zu erreichen, wie bei anderen Schulen auch. Wenn der heutige Beschlussvorschlag angenommen wird, ist das ein erster Schritt dahin.

Herr Lippoldt, FDP-Fraktion
Herrn Hartig in seinem Votum zu unterstützen, liegt mir sehr am Herzen. 2008 wurde in der Gemeindevertretung beschlossen, ein komplettes Schulwegsicherungsprogramm am Weinberg durchzuführen. Was davon übrig bleibt, Sie werden es nachher sehen, ist ein lächerlicher Torso. Vielen Dank Herr Hartig.

2. Frau Blana, Goethestraße 13

2.1. Ist den Gemeindevertretern bekannt, dass es Probleme gibt im Zusammenhang mit dem Bau barrierefreies Wohnen? Bei Einsicht in die Bauunterlagen ist aufgefallen, dass im Punkt 2.2 steht, dass die Flächen, die für diese Baumaßnahme genutzt werden sollen, brach liegen und eine gärtnerische Nutzung nicht mehr durchgeführt wird. Das stimmt so nicht, denn ein Teil der Fläche ist seit 1945 genutztes Hausgartenland, der dort wohnenden Mieter. Es gibt einen vertraglichen Anspruch der Mieter auf die Nutzung der Hausgärten und der Wäschetrockenplätze. Das alles wäre gefährdet, wenn der Bau wie geplant durchgeführt wird. Gespräche mit dem Bürgermeister und dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung sind bereits geführt und Briefe an die

Fraktionsvorsitzenden sind versandt worden. Ich bitte sie, auch im Namen meiner Mitbewohner, die Planung noch einmal zu überprüfen.

Herr Dr. Klocksin, Vorsitzender des Bauausschusses
Sehen Sie es uns bitte nach, dass heute keine abschließende Stellungnahme ergehen kann, aber die Verwaltung muss auch die Gelegenheit haben, etwas vorzubereiten. In der nächsten Sitzung des Bauausschusses am 14. November 2011 wird das Thema behandelt, dann können weitere Aussagen getroffen werden.

Frau von Törne, Vorsitzende der Fraktion BIK
Die Fraktion BIK hat keinen Brief erhalten. Wir sind zwar nur eine kleine Fraktion, aber es wäre schön, wenn wir das Schreiben auch bekommen könnten.

3. Herr Wittschorek, Drachensteig 25

3.1. Im Moment ist es sehr schwierig, zu Fuß oder mit dem Rad die Grundschule auf dem Seeberg zu erreichen. Es gibt einen Beschluss der Gemeindevertretung aus der letzten Sitzung den Ausbau der zukünftigen Schopfheimer Allee zu vertagen und nach neuen Lösungen zu suchen. Welche Konsequenzen hat das für die Beleuchtung in dieser Straße? Die Eltern können ihre Kinder in der dunklen Jahreszeit nicht alleine diese Straße entlang gehen lassen. Was wird sein, wenn die Verzögerung des Ausbaus sich noch über einen längeren Zeitraum hinzieht?

3.2. Ist geplant, zwischen Rathausmarkt und Hohe Kiefer einen sicheren Fußgängerüberweg über die Förster-Funke-Allee einzurichten? Viele Kinder aus dem Wohngebiet gegenüber des Rathausmarktes nutzen diesen Weg als Schulweg.

Bürgermeister Herr Grubert
zu 3.1.
Wie Sie richtig ausgeführt haben, ist der Beschlussvorschlag zum Ausbau der Schopfheimer Allee in der letzten Sitzung abgelehnt worden. Rechtlich stellt sich die Situation so dar, dass die Gemeinde Kleinmachnow, dadurch, dass keine Einigung mit der BBIS zustande kam und die Ablehnung des Beschlusses erfolgte, nicht Eigentümer der Fläche ist. Mit der BBIS werden zurzeit Verhandlungen geführt. Wenn wir eine Einigung mit der BBIS erzielen und einen neuen Beschlussvorschlag einbringen, wird das aber frühestens im Januar 2012 möglich sein. Für den Winter 2011/2012 wird es leider noch keine Lösung geben.

zu 3.2.
In Höhe des Rathausmarktes wurde ein Fußgängerüberweg über die Förster-Funke-Allee beantragt und eine Genehmigung in Aussicht gestellt. Eine weitere Genehmigung für einen Fußgängerüberweg in Richtung Hohe Kiefer halte ich für schwierig, auch wenn viele Kinder die Straße queren, um zur Schule zu kommen. In Zukunft sollten die Kinder den gesicherten Fußgängerüberweg am Rathausmarkt benutzen.

4. Herr Weis, Mittebruch 2

4.1. Die Weihnachtszeit rückt langsam näher und üblicherweise gehen ja auch bei der Verwaltung manchmal Geschenke etc. ein. Gerade erst hat ein schönes Fest zum 20jährigen Bestehen des Bauhofs stattgefunden.

Welche Regelung gibt es in der Gemeinde Kleinmachnow zu Sponsoring und Festen? Hintergrund meiner Frage: Der Korruptionsbeauftragte des Landkreises hat unter der Drucksache 2011-387 umfangreich dargelegt, welche Möglichkeiten es gibt, durch Satzung o. ä. dafür zu sorgen, dass keine Geschenke angenommen werden und das Anfüttern von Entscheidungsträgern vermieden wird.
Inwieweit werden Geschenke oder Essen, gerade zur Weihnachtszeit, von der Verwaltung angenommen bzw. wie wird es gehandhabt?
Inwieweit wird Sponsoring durch die Gemeinde oder gemeindeeigene Betriebe, inklusive Bauhof, ausgeführt?
In welchen Größenordnungen erfolgt das in diesem Jahr?
Gibt es Überlegungen, diesbezüglich auch im Ältestenrat bzw. in der Verwaltung eine Neuordnung der Geschäftsordnung u. ä. anzustreben, wie es der Landkreis jetzt gemacht hat, damit Gemeindevertreter gehalten sind, entsprechend in den Gremien darauf zu achten, dass bestimmte nett gemeint Dienstleistungen nicht durchgeführt werden?

Bürgermeister Herr Grubert
Für die Verwaltung gibt es eine Dienstanweisung, wie mit Geschenken umzugehen ist. Ich rate jedem Mitarbeiter keine Geschenke anzunehmen und tue es selbst auch nicht. Wenn ich Geschenke bekomme z. B. vom Seniorenverbund, gebe ich sie ab, sie werden dann bei nächster Gelegenheit im offiziellen Rahmen weiterverschenkt z. B. Gutscheine. Ich wurde auch während meiner bisherigen Amtszeit nie zum Essen eingeladen, habe selber aber einen kleinen Repräsentationsfonds, für den Fall, dass ich Gäste zum Essen einlade.

Anmerkung von Herrn Weis:
Es ist sehr löblich, wenn Sie keine Geschenke annehmen. Es ging mir aber mehr um die Mitarbeiter der Verwaltung, wie es da gehandhabt wird.

Bürgermeister Herr Grubert
Wie bereits ausgeführt, gibt es für die Mitarbeiter eine Dienstanweisung, wie mit Geschenken umzugehen ist. Ich hatte bisher nie das Gefühl, dass diese Dienstanweisung von Mitarbeitern missachtet wird. Die Fragen werden mit Verweis auf die Dienstanweisung durch die Verwaltung noch einmal schriftlich beantwortet.

Zum Thema Sponsoring muss ich leider sagen, dass ich den weiteren Sinn der Frage nicht ganz verstanden habe. Grundsätzlich muss man mit Sponsoring sehr vorsichtig umgehen und sich das genau überlegen. Ich weiß nicht, warum Sie diese Frage stellen.

Herr Weis:
Der Korruptionsbeauftragte empfiehlt Verwaltungen, Sponsoring abzulehnen. Wenn Sponsoring stattfindet, z. B. durch gemeindeeigene Gesellschaften, den Bauhof o. ä. Externe, die nicht unmittelbar mit der Verwaltung zu tun haben, dass man das in den Haushalt einstellt. Herr Eggert wird sicherlich später noch einen kurzen Bericht geben. Vielleicht kann er darauf antworten.

Bürgermeister Herr Grubert.
Die Fragen werden durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Vorsitzender der Gemeindevertretung Herr Warnick
Bisher haben wir uns im Ältestenrat und im Vorstand der Gemeindevertretung mit diesem Thema nicht beschäftigen müssen, da es keine Notwendigkeit dafür gab. In einer der nächsten Vorstandssitzungen können wir gerne darüber sprechen, ob es in irgendeiner Weise Handlungsbedarf geben sollte.

Herr Musiol, Vorsitzender der Fraktion WIR und Mitglied im Werksausschuss Bauhof
Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ist nicht Mitglied im Werksausschuss Bauhof. Wir haben uns in Verbindung mit dem Jahresabschluss des Bauhofes auch mit Sponsoring beschäftigt. Es gab eine Prüfung und einen Sachstandsbericht, der sicherlich öffentlich einsehbar ist. Es gibt im Moment dort keinen Anlass zur Kritik.

Herr Dr. Klocksin, Vorsitzender der Fraktion SPD/PRO
Wenn ich es richtig verstanden habe, hat der Korruptionsbeauftragte des Landkreises Empfehlungen abgegeben, auf kommunaler Ebene entsprechende Regelungen in die Geschäftsordnungen aufzunehmen. Herr Vorsitzender, ich würde das gerne zum Anlass nehmen und anregen, dass der Bericht des Korruptionsbeauftragten an die Gemeindevertreter ausgereicht wird. Die Frage der Anpassung der Geschäftsordnung entsprechend dieser Empfehlung sollte zum Gegenstand der nächsten Sitzung des Ältestenrates gemacht werden.

Hinweis von Herrn Weis:
Es gibt noch eine separate Antwort auf ein Schreiben von dem Herrn Abgeordneten Köhler im Kreistag, dass den Fraktionsmitgliedern des Kreistages spätestens in 14 Tagen vorliegt. Dieses Schreiben kann man dann auch noch hinzuziehen.

Herr Templin, Fraktion BIK
Zur Empfehlung von Herrn Dr. Klocksin möchte ich sagen, wer das nicht abwarten kann, hat die Möglichkeit, auf der Internetseite unserer Bürgerinitiative den Bericht downzuloaden.

5. Herr Bollens, Uhlenhorst 18

5.1. Durch den Uhlenhorst fahren weiterhin Schwerlastverkehr und Tanklastverkehr mit Gefahrengut mit überhöhter Geschwindigkeit. Die beidseitigen Parkmöglichkeiten machen es teilweise nicht möglich, die Straße ungehindert zu durchfahren wie es auch Müllabfuhr und Krankenwagen bereits passiert ist. Am Sonntag um 21:30 Uhr musste ein Tanklastzug rückwärts aus dem Uhlenhorst wieder herausfahren. Ich möchte nicht daran denken was passiert wäre, wenn der Fahrer einen Fehler gemacht hätte.
Warum möchten Sie den Beschluss den die Gemeindevertretung zur Tonnagebegrenzung gefasst hat wieder aufheben und die Einbahnstraßenregelung somit wieder zu verzögern?
Ist der Uhlenhorst überhaupt für einen Schwerlastverkehr von 40 Tonnen ausgelegt?
Ihre Argumentation, eine Tonnagebegrenzung nicht für einzelne Straßen, sondern im Gesamtkonzept umzusetzen, kann ich verstehen. Im Gesamtkonzept wird ganz bestimmt der Uhlenhorst nicht die Durchfahrtsstraße für den Schwerlastverkehr werden. Somit könnte man dieses Gefahrenpotenzial schon vor dem Gesamtkonzept lösen. Im Hauptausschuss am 24. Oktober haben Sie sich dafür ausgesprochen, dass bei einer Einbahnstraßenregelung

das beidseitige Parken untersagt wird, da beidseitiger Radverkehr möglich ist. Das ist ganz bestimmt ein Ansatz, der die Sicherheit der Radfahrer bzw. aller Verkehrsteilnehmer im Uhlenhorst unterstützt.
Im September 2011 hatten Sie den Anwohnern die Einbahnstraßenregelung zugesagt. Wann wird diese umgesetzt?

Bürgermeister Herr Grubert
Mit der Genehmigung der Einbahnstraßenregelung ist in Kürze zu rechnen. Die Prüfung hinsichtlich des gegenläufigen Radverkehrs und inwieweit dann ein Parkverbot ausgesprochen werden muss, wird zurückgestellt und durch die Untere Verkehrsbehörde geprüft. Der Beschluss, die Tonnagebegrenzung aufzuheben, ist in den Umweltausschuss verwiesen worden. Dort wird ein Tonnagekonzept für Kleinmachnow erarbeitet.

Nachfrage von Herrn Bollens
Können Sie mir das Zeitfenster für „in Kürze“ etwas näher beschreiben?

Bürgermeister Herr Grubert
Ich denke, in den nächsten zwei bis drei Wochen.

Herr Lippoldt, FDP-Fraktion
Das Tonnagekonzept, von dem hier die Rede ist, hat die Gemeindevertretung längst einstimmig beschlossen auf Empfehlung der Lokalen Agenda. Im Leitbild für ein nachhaltiges Kleinmachnow heißt es nach dem Beschluss des vorigen Jahres, nicht mehr als 3,5t. Im September 2010 hat diese Gemeindevertretung mit großer Mehrheit die Verkehrsregelung für den Uhlenhorst beschlossen und der Bürgermeister setzt es nicht um. So etwas geht nicht. Diese Gemeindevertretung ist offensichtlich nicht Willens und in der Lage, dem Bürgermeister dies deutlich zu machen. Wenn wir uns bei der Kommunalaufsicht beschweren würden, können sie bei der Verbindung die besteht, sich ausmalen, was das für Folgen hat. Das Faktum ist, so wie der Bürgermeister mit Anträgen der Gemeindevertretung umgeht, ist rechtswidrig.

Frau Sahlmann
Da der Antrag bereits vor über einem Jahr fraktionsübergreifend beschlossen wurde, ist die Zeit natürlich bedauerlich lang. Das der gleiche Antrag jetzt noch einmal im Umweltausschuss behandelt wird, tut mir sehr leid. In dieser Zeit hätte man schon früher zu einem Resultat kommen müssen. Andererseits war der Bürgermeister ja aktiv und manche Dinge dauern offensichtlich bei den Behörden länger als man denkt. Es bleibt zu hoffen, dass wir in einer eigenen Verkehrsbehörde in Kleinmachnow engagierte Mitarbeiter haben werden, so dass wir bestimmte Dinge im Verkehrsrecht wie Tempo 30, Begrenzung der Tonnage oder Einbahnstraße mit Gegenrichtung Fahrrad frei, schneller durchsetzen können.

6. Herr Dr. Casperson, Am Hochwald 27

6.1. Am 27. Oktober 2010 habe ich an die Gemeindeverwaltung einen Brief betreffend die alten Eichen im Bäketal geschrieben. Gestern habe ich die Antwort erhalten, die allerdings mehr Fragen aufwirft als sie Auskunft gibt. Tatsache ist, dass an der alten Eiche ein größerer Ast abgesägt wurde. Ich habe

mich daraufhin mit der zuständigen Mitarbeiterin der Unteren Naturschutzbehörde in Verbindung gesetzt, die ihre Verwunderung zum Ausdruck brachte. Sie gab mir die Auskunft, dass eine Mitarbeiterin der Gemeindeverwaltung Kleinmachnow sich mit der Unteren Naturschutzbehörde in Verbindung gesetzt hat. Die Untere Naturschutzbehörde hat empfohlen, als erstes ein Gutachten über die Bäume anzufertigen und nach Vorlage dieses Gutachtens gemeinsam mit der Unteren Naturschutzbehörde darüber zu befinden, was an den Bäumen zu ändern ist. Weiterhin wurde empfohlen, den Umweltausschutz mit einzubinden. Das Abschneiden der Äste ist ohne Wissen und ohne Genehmigung der Unteren Naturschutzbehörde erfolgt, was einen unzulässigen Eingriff in ein Naturschutzgebiet darstellt. Dieser große Ast, der an der Eiche abgeschnitten wurde, ist nicht bruchgefährdet gewesen. Nach der Entfernung des Astes wurde der Weg gesperrt.

Warum wurde der Weg gesperrt, wenn die Gefahr beseitigt worden war?
Warum wurde nach dem Abschneiden noch ein Gutachter bestellt?

Dieser Ast, der zudem noch unsachgemäß abgesägt wurde, ist in einer Veröffentlichung von Bildern aus den Jahren 1939, 1952 und 1992 zu sehen. 1939 war der Ast schon nicht mehr sehr vital; er ist wohl trocken geworden. Wenn man sich aber die Schnittstelle anschaut, sieht man, dass das Holz intakt ist und keine Vermorschung oder ein Pilz zu sehen ist. 2004 wurde nach einem Ortstermin mit der Unteren Naturschutzbehörde festgelegt, dass der Wanderweg aus dem Kronenbereich herausgenommen und verlegt wird. Dieser Ast, der damals diese Aktion in Bewegung gesetzt hat, ist jetzt abgeschnitten worden, obwohl er keine Gefahr mehr für den Wanderweg dargestellt. Warum? Des Weiteren bitte ich darum, dass die Person, die den Ast unsachgemäß entfernt hat, zur Verantwortung gezogen wird.

Frau Neidel, Fachbereichsleiterin Bauen/Wohnen
Im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht ist Totholz entlang des Wanderweges 5 – Fontaneweg – an elf Eichen entfernt worden. In dem speziellen Fall geht es um die zwei Alteichen (Eiche 430 und Eiche 454), die schon zu DDR-Zeiten ein Naturdenkmal darstellten. Durch den Hinweis einer Anwohnerin, dass für ihr Grundstück eine Gefahr besteht, wurde die Verwaltung im August vor Ort tätig. Es wurde erkannt, dass das Privatgrundstück durch eine Asteinkürzung gesichert werden muss. In diesem Zusammenhang wurde eine Verkehrsschau entlang des Weges durchgeführt. So eine Verkehrsschau wird in regelmäßigen Abständen auf Wanderwegen durchgeführt. Die Maßnahmen, die zur Gefahrenabwehr dienen, also Verkehrssicherungsmaßnahmen darstellen, wurden aufgenommen. In diesem Fall Totholzentfernung und Einkürzung eines Astes zum Privatgrundstück. Die Untere Naturschutzbehörde wurde frühzeitig mit einbezogen. Frau Otto war vor Ort und konnte leider keine Ratschläge geben, aber eine Klärung in ihrer Behörde herbeiführen. Auch die Vorgesetzte von Frau Otto, Frau Dr. Wichmann, war von Anfang mit einbezogen. Die Maßnahmen, die bisher durchgeführt wurden, waren Verkehrssicherungsmaßnahmen. Ziel von Verwaltung, Unterer Naturschutzbehörde und Bürgern ist, die Alteichen zu erhalten und den Wanderweg sicher benutzbar zu machen. Es ist ein Gutachten bei dem öffentlich bestellten Sachverständigen Marco Wäldchen beauftragt worden, der auch bei der Unteren Naturschutzbehörde einen guten Ruf genießt. Die Firma, die die Totholzentfernung und die Asteinkürzung vorgenommen hat, ist auch bekannt. Es ist die Firma Baum & Landschaft. Eine Fachfirma, die in Kleinmachnow schon öfter tätig war und Anerkennung genießt.

Herr Grützmann, Fraktion WIR
Für mich ist dieser Vorgang von der Verwaltung angeordneter Vandalismus.

7. Herr Malcher, Uhlenhorst 16

7.1. Das in Kürze der Uhlenhorst als Einbahnstraße eingerichtet wird, ist sehr schön. Es kommt uns Anwohnern aber auch darauf an, wie der Rahmen für diese Einbahnstraße gestaltet wird. Wenn beidseitiges Parkverbot eingerichtet wird, wird der Uhlenhorst eine Rennstrecke. Tempo 30 wird ohnehin viel zu selten kontrolliert. Gegenläufiger Radverkehr ist für die Anwohner unerlässlich, um in Richtung Berlin und Teltow zu kommen oder in Kleinmachnow zu fahren. Beidseitiges Parkverbot und gegenläufigen Radverkehr kann man nicht gegeneinander ausspielen. Eine Tonnagebegrenzung ist für die Anwohner ebenfalls unerlässlich und die kann die Gemeinde mit einem vorgegebenen Verfahren ganz alleine durchsetzen. Im Sinne der Anwohner und der Verkehrssicherheit ist es nach wie vor erforderlich, dass es so umgesetzt wird, als ersten Schritt für ein Gesamtkonzept zur Tonnagebegrenzung in Kleinmachnow.
Mit welchen Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass in den Tempo 30-Abschnitten wirklich Tempo 30 gefahren wird und nicht ständig zu schnell? Müssen auch bauliche Maßnahmen ergriffen werden, um ein Schnellfahren zu verhindern? Was tut die Gemeinde, um dieses endlich umzusetzen?

Bürgermeister Herr Grubert
Der Beantwortung der Anfrage von Herrn Bollens gibt es eigentlich nichts hinzuzufügen. Die Einbahnstraßenregelung ist beantragt, zunächst ohne Parkverbot und gegenläufigen Radverkehr. Die weiteren Auswirkungen werden dann mit der Unteren Verkehrsbehörde abgestimmt. Ihr Interesse an gegenläufigem Radverkehr kann ich nachvollziehen. Ich bin allerdings ein bisschen gebunden daran, wenn es nur gegenläufigen Radverkehr mit Parkverbot gibt, muss ich das einhalten. Aus diesem Grund wurde im ersten Schritt nur die Einbahnstraße als primäres Ziel vorausgesetzt. Ich hoffe, die Genehmigung noch im November zu bekommen. In 14 Tagen wird die Verwaltung bei der Unteren Verkehrsbehörde nachfragen. Um die Einhaltung von Tempo 30 zu gewährleisten, könnte man über bauliche Maßnahmen nachdenken, die dann in Zusammenarbeit mit dem Umweltausschuss erarbeitet werden müssen. Die Gemeinde hat auch mehrere Geschwindigkeitsmessgeräte, die an wechselnden Punkten aufgestellt werden. Des Weiteren werden auch regelmäßig Blitzer durch die Polizei aufgestellt.

Herr Musiol, Vorsitzender des Umweltausschusses
Zum Verfahren habe ich eine andere Auffassung als der Bürgermeister hier ausgeführt hat. Es gibt einen gültigen Beschluss seit September 2010, der bis jetzt nicht umgesetzt worden ist. Der Bürgermeister hat Bedenken angemeldet, diesen Beschluss umzusetzen und den Änderungsvorschlag eingebracht, den ursprünglichen Beschluss aufzuheben und ein anderes Verfahren durchzuführen. Das ist im Hauptausschuss in den Umwelt- und Verkehrsausschuss verwiesen worden. Nach der Beratung wird der Ausschuss der Gemeindevertretung eine Empfehlung geben, entweder den ursprünglichen Beschluss beizubehalten oder eventuell Änderungen des Bürgermeisters aufzugreifen.

Nachfrage von Herrn Malcher:
Können wir davon ausgehen, dass vor Jahresende die Einbahnstraßenschilder ste-

hen werden?

Bürgermeister Herr Grubert
Herr Malcher, versprechen kann ich es nicht, aber ich tue mein Möglichstes.

8. Frau Adam, Märkische Heide 39b, Eingang Schleusenweg

8.1. Ich spreche für drei Familien, die nördlich der Kreuzung Märkische Heide/Schleusenweg leben. Seit elf Jahren kämpfen wir vergeblich gegen den Autobahnlärm. Zum Autobahnlärm kommt im zunehmenden Maße der Verkehr im Schleusenweg. Wir sind mit den Nerven am Ende und haben das Gefühl wie lästige Querulanten behandelt zu werden. Es wird diskutiert über Fluglärm, den keiner haben will und vergessen aber, dass es Menschen gibt, die durch Verkehrslärm krank geworden sind. Wir brauchen Unterstützung, aber nicht erst in ein paar Jahren, sondern sofort oder Sie sagen uns, dass wir wegziehen müssen.
Wann wird sich endlich Jemand für uns einsetzen oder müssen wir wirklich wegziehen?

Bürgermeister Herr Grubert
Am 30. November 2011 findet eine gemeinsame Sitzung des Bauausschusses und des Umwelt- und Verkehrsausschusses statt, in der die 2. Stufe des Lärmaktionsplanes der Gemeinde Kleinmachnow behandelt wird. Zu dieser Sitzung lade ich Sie als Gast heute schon recht herzlich ein. Die Probleme mit dem Autobahnlärm kann ich nachvollziehen, hinsichtlich der Verkehrssituation im Schleusenweg wurde nach unserem Gespräch ein Verkehrszählgerät aufgestellt. Die Daten, wie viele Autos und mit welcher Geschwindigkeit dort entlang fahren, habe ich am heutigen Abend nicht zur Hand, werde es Ihnen aber schriftlich mitteilen.

Nachfrage von Frau Adam:
Werden sich Gemeindeverwaltung und Gemeindevertretung für uns einsetzen?

Herr Warnick, Vorsitzender der Gemeindevertretung
Der Gemeindevertretung ist diese Problematik natürlich bekannt, da einige Gemeindevertreter selbst in dieser Region Kleinmachnows wohnen wie z. B. Herr Burkardt, Herr Tauscher und auch ich selbst wohne im Schleusenweg und würde eine Entlastung begrüßen.

Bürgermeister Herr Grubert
Vor einiger Zeit wurde für den Schleusenweg ein Antrag auf Tempo 30-Zone gestellt. Dieser Antrag ist leider von der Unteren Verkehrsbehörde abgelehnt worden, auf Grund des Busverkehrs. Da zurzeit dort nur der Rufbus fährt, wird die Verwaltung erneut einen Antrag stellen.

Anmerkung von Frau Adam:
Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass ein Kreuzungsbereich und eine 7%ige Steigung eine besondere Situation darstellen. Es erzeugt wesentlich mehr Lärm und Abgase einen Berg hochzufahren. Das ist nicht wegzureden. Ich wünsche mir mehr Empathie von den Leuten, die in ruhigen Straßen wohnen. Ich wünsche

mir, dass unsere Probleme erkannt werden und nicht einfach darüber hinweggegangen wird.

Herr Lippoldt, FDP-Fraktion
Das ist der Grund, weshalb wir 2007 mit viel Mühe den Auftrag an den Bürgermeister erteilt haben, ein Gutachten gegen den Lärm von der Autobahn erstellen zu lassen. Seit Juli 2010 ist dieses Thema nicht mehr offiziell in die Gremien hineingetragen worden, mit einer Abwägungsempfehlung, mit der keiner was anfangen konnte. Unsere dringende Empfehlung bei der Behandlung des Lärmaktionsplanes am 01. Juli 2010 war, dass das Gutachten zur Autobahn aus dem Lärmaktionsplan herausgelöst wird. Dieser Empfehlung ist die Gemeindevertretung nicht gefolgt, sondern hat diese wenig hilfreiche und zum Teil unsinnige Expertise des Gutachters allen Trägern der öffentlichen Belange vorgelegt, wonach die Gemeinde Kleinmachnow jetzt im ganzen Land verkündet, mit ihrem eigenen Lärmaktionsplan gegen den Lärm von der Autobahn können wir sowieso nichts machen. Der Gutachter hat alle unsere Vorschläge vom Tisch gewischt und gesagt, ihr könnt ja versuchen, die Geschwindigkeit auf der Autobahn zu reduzieren. Ich bedauere außerordentlich, dass die Verwaltung nicht von selbst dieser Empfehlung gefolgt ist, den Lärm der dort für die Menschen unerträglich ist, anders zu behandeln als ihn in diesem großen Lärmaktionsplan mit unsinnigen Empfehlungen einzupacken.

Herr Tauscher, CDU-Fraktion
Ich wohne im Grasweg. Das besondere, was bei Ihnen zusammentrifft, Frau Adam, ist die Verkehrssituation in der Zubringerfunktion auch für die Autobahn. Ich kann Ihnen nur sagen, Empathie ist bei mir vorhanden und bei vielen Anderen auch. Nur eines der Ziele und der deutliche Sinn einer Einwohnerfragestunde sind ja auch, dass auf neuralgische Punkte, auf die die Bürger aufmerksam machen, wirklich die Aufmerksamkeitsstärke gelenkt werden kann. Ich sichere zu, dass ich mich anschließend mit Ihnen in Verbindung setzen werde und wir das Thema im UVO-Ausschuss einbringen für die weitere Beratung. Nicht nur auf die Autobahn uns zu konzentrieren, sondern zu überlegen, wie die Forderung auf Tempo 30-Anordnung im Schleusenweg doch durchgesetzt werden kann. An dieser Stelle beklage ich immer wieder, dass alte Planungsunterlagen für Entscheidungen der Unteren Verkehrsbehörde genutzt werden. Das muss sich endlich ändern und deshalb müssen wir an dem Thema dranbleiben.

Herr Dr. Klocksin, Vorsitzender des Bauausschusses
Das Thema ist auch bekannt aus der Lokalen Agenda Verkehr. Ich teile die Beschreibung von Herrn Lippoldt nicht in Gänze und glaube auch nicht, dass wir mit einem Lärmaktionsplan den Ort leiser machen. Der Bürgermeister hat es angesprochen, dass was wir machen können, ist die Anordnung von Tempo 30. Das hat die Gemeinde 2005 beantragt und es wurde abgelehnt. Bislang gab es nicht die Möglichkeit, aber vorhin wurde erwähnt, dass es ab 20.000 Einwohnern die Möglichkeit der verkehrsrechtlichen Anordnung gibt. Der Bürgermeister wird sicher darüber informieren, wie die Antragstellung durch die Gemeinde jetzt ist. Wir müssen ja erst die Aufgabe der Unteren Verkehrsbehörde übernehmen. Dieser formale Weg wird zu beachten sein.
Der zweite von Ihnen genannte Aspekt ist die Autobahn. Damals hatte ich mich in anderer Funktion an den Landesverkehrsminister gewandt. Der Landesbetrieb Straßenwesen, der für den Bund die Verwaltung der Autobahnen übernimmt und auch verantwortlich für die Tempolimitierung ist, hat darauf hingewiesen, dass eine Absenkung der Geschwindigkeit dort nicht beabsichtigt sei. Der entscheidende Punkt,

der uns alle mit Sorge erfüllen darf, ist, dass das was wir heute an Verkehr auf diesem Abschnitt der A 115 haben, ist gerade mal 60% der erwarteten Kapazität. Das heißt, mit einem Mehr an Individualverkehr werden wir ein Mehr an Belastung auch im Ort haben. Herr Bürgermeister, vielleicht ist dies heute eine gute Gelegenheit, noch einmal als Initiative der Gemeinde Kleinmachnow gegenüber dem Landesverkehrsminister deutlich zu machen, dass wir als Gemeinde Kleinmachnow unmittelbar an der Autobahn gelegen sind, wie kein anderer Ort. Es stünde uns nicht schlecht zu Gesicht, das Interesse der Gemeinde und ihrer Bürgerinnen und Bürger in einer Forderung an den Verkehrsminister zum Ausdruck zu bringen.

Herr Lippoldt, FDP-Fraktion
Dann müssen Sie, Herr Bürgermeister, dieses Gutachten vom Tisch nehmen. In diesem Gutachten steht, dort gibt es keinen Lärm. Das ist doch der Wahnsinn.

TOP 5 Mitteilungen, Informationen, Berichterstattungen

TOP 5.1 Informationen des Bürgermeisters

Einwohnerzahlen per 03.11.2011
Hauptwohnung: 20.002
Nebenwohnung: 818

Hort Einstein, Gebäude Steinweg 2-4
Zurzeit werden im Hort Einstein 42 Kinder betreut. Die Rückübertragung des Gebäudes Steinweg 2-4 steht bevor, kann terminlich jedoch nicht genau eingeordnet werden. Die Rückübertragung berührt nicht unmittelbar das Mietverhältnis. Der Eigentümer kann kündigen, hat jedoch eine lange Kündigungsfrist. Die Tatsache, dass es sich um eine KITA-Nutzung handelt, hat für Restitution keine Auswirkung.

23. BMW-Minimarathon
Am Start waren Schulmannschaften aus ganz Deutschland.

Ergebnisse:

Grundschule Mädchen
1. Platz Eigenherdschule (9. Mal)
3. Platz Eigenherdschule

Grundschule Jungen
1. Platz Eigenherdschule (3. Mal)
2. Platz Steinwegschule

Kleinmachnower Zeitung
Der Herausgeber (Teltower Stadt-Blatt-Verlag) hat mitgeteilt, dass die Herausgabe der Kleinmachnower Zeitung aus wirtschaftlichen Gründen zum Jahresende 2011 eingestellt wird. Die Leser müssen jedoch ab Januar 2012 auf die bewährten Inhalte der Kleinmachnower Zeitung nicht verzichten. Sie wird mit den Monatsjournalen der

Nachbarkommunen (Teltower Stadtblatt und Stahnsdorfer Ortsanzeiger) zum regionalen Magazin *lokal.report* fusioniert. Das Amtsblatt wird auch in Zukunft dem lokal.report beiliegen. Das Jahresabo beträgt 21,00 €, der Freiverkauf 1,95 €.

Goldenes Buch
Mit der nächsten Eintragung ins Goldene Buch wird Herr Dr. Casperson geehrt. Die Einladungen erfolgen noch.

Panzerdenkmal
Am 08.11.2011 findet um 15:00 Uhr die Einweihung/Übergabe des sanierten Panzerdenkmals statt. Die Einladungen dazu sind bereits ergangen.

Elternzeit Frau Leißner
Frau Leißner wird beginnend ab 22.11.2011 für ein Jahr in Elternzeit gehen. Die Elternzeitvertretung wird durch externe Einstellung erfolgen. Darüber werde ich in Kürze informieren.

Nachfragen:

Herr Tauscher
Seinerzeit wurden die Übertragung der Zuständigkeiten bzw. der Rechte der Kleinmachnower Zeitung an den Stadtblattverlag vorgenommen mit der Option, wenn die Entwicklung nicht unseren Erwartungen entspricht, das wieder zurückzunehmen. Als Abonnent bin ich auch angeschrieben worden. Wenn wir das gleiche Niveau wie bei der Kleinmachnower Zeitung erwarten können, wird es ein ziemlich umfangreiches Material sein.

Bürgermeister Herr Grubert
Das stimmt, es ist eine Vereinbarung mit dem Teltower Stadtblatt gewesen die besagt, dass sie Herausgeber der Kleinmachnower Zeitung sind und es für Teltow, Stahnsdorf und Kleinmachnow machen. Das Teltower Stadtblatt hat die Möglichkeit, bei nicht wirtschaftlichem Vertrieb diese Vereinbarung zu kündigen, was sie zum 31. Dezember 2011 getan hat. Gleichzeitig wurde angekündigt, dass sie weitermachen wollen als Lokal.report. Diese Entscheidung ist noch recht jung. Ob es sinnvoll ist, es selbst zu machen, darüber sollten wir uns 2012 unterhalten.

Herr Burkardt
Ich bitte darum, jeder Fraktion ein Exemplar der Vereinbarung mit dem Stadtblattverlag zukommen zu lassen, damit wir die Optionen selbst beurteilen können, die uns daraus zukommen. Mir scheint es merkwürdig, dass man in der Lage ist, per Vertrag ein Vierteljahr vor Einstellung des Blattes erst die Gemeinde zu unterrichten. Ich hätte mir eine intelligentere und großzügigere Frist vorgestellt.

Bürgermeister Herr Grubert
Jede Fraktion wird ein Exemplar der Vereinbarung mit dem Stadtblattverlag erhalten.

Herr Dr. Mueller
Ursprünglich war es so, dass die Gemeindevertretung Herausgeber der Kleinmachnower Zeitung war. Wenn über den Vertrag diskutiert wird, sollte man überlegen, ob man das wieder einrichtet.

TOP 5.2 Mitteilungen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung

Veränderungen in der Sitzungsfolge
Um den Haushalt 2012 noch in diesem Jahr verabschieden zu können, finden im November zwei Sitzungen des Finanzausschusses statt. Der geplante Termin 17. November 2011 entfällt. Die neuen Termine sind der 10. Und der 24. November 2011. Um bestehende Probleme des Haushaltes und sich daraus ergebende Investitionssummen für 2012 abzudecken, müssen Beschlüsse gefasst werden. Der Bürgermeister hat mich gebeten für Montag, den 21. November 2011, 18:00 Uhr, eine außerplanmäßige Sitzung der Gemeindevertretung einzuberufen. Dieser Bitte komme ich nach. Drei Themen sind vorgesehen, Verkauf der Kammerspiele Kleinmachnow, Verkauf von unbebauten Grundstücken, Verbindung zwischen Hort „Wirbelwind" und Anbau der Eigenherdschule im 1. OG. Eine Beschlussfassung ist dringend notwendig, da die notwendigen finanziellen Mittel in den Haushalt eingestellt werden müssen.

Sitzung des Ältestenrates im Oktober 2011
Im Ältestenrat haben wir uns damit beschäftigt, ob es eine Vorstellung der Gemeindevertretung in Form eines Flyers geben sollte. Die Idee ist von allen Fraktionen positiv aufgenommen worden. Ein Entwurf liegt vor und wurde im Ältestenrat bestätigt. Der Flyer wird in den nächsten Wochen erstellt. Es wird darüber nachgedacht, den Flyer an alle Haushalte zu verteile oder im Bürgerbüro auszureichen. Darüber hinaus wird er im Foyer des Rathauses ausliegen.
Ein weiteres Thema im Ältestenrat waren die offiziellen Gedenktage der Gemeinde Kleinmachnow. Die Fraktionen einigten sich auf die drei Termine 27. Januar, 08. Mai und 13. August.

Nachfragen:

Herr Nieter
Im Deutschland gibt es den Volkstrauertag. Dieser Tag wurde auch am Friedhof begangen. Im letzten Jahr habe ich eine derartige Initiative seitens des Bürgermeisters und des Vorsitzenden der Gemeindevertretung nicht wahrnehmen können. Wie es im Jahr davor war, kann ich nicht sagen. Gibt es Gründe dafür? Ist dazu eine Meinungsbildung erfolgt oder ist es Unwissenheit, dass es diesen traditionell gefeierten Gedenktag gibt?

Vorsitzender der Gemeindevertretung, Herr Warnick
Wenn es danach ginge, kämen noch viele andere Gedenktage in Frage. Der Ältestenrat hat sich für diese drei Gedenktage ausgesprochen, auch um Doppelungen auszuschließen.

Frau Krause-Hinrichs
In den vergangenen Jahren ist mir aufgefallen, dass die Gedenkveranstaltungen oft zu Zeiten stattfinden, wo berufstätige Menschen nicht teilnehmen können. Ich bitte darum die Zeiten so zu legen, dass auch Berufstätigen eine Teilnahme ermöglicht wird.

Vorsitzender der Gemeindevertretung, Herr Warnick
Die Anregung wird aufgenommen.

TOP 5.3 Geschäftsbericht 2010 des Eigenbetriebes Bauhof der Gemeinde Kleinmachnow

Der Bericht des Eigenbetriebes Bauhof für das Jahr 2010 liegt in schriftlicher Form vor. Der Werkleiter, Herr Eggert, gibt für die anwesenden Gäste einen kurzen zusammenfassenden Bericht.

Nachfragen:

Herr Grützmann
Das 20-jährige Bestehen des Bauhofs wurde vor kurzem gefeiert. Ist Ihnen bewusst, dass dieser Saal als Bürger- und Rathaussaal eine bestimmte Würde hat und auch haben muss? Diese Würde wurde am 01. November 2011 beschädigt und zwar durch die Diffamierung unserer Kanzlerin. Das war geschmacklos. Mir graut schon vor den Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen.

Werkleiter Herr Eggert
Ihre Kritik nehme ich gerne an. Ich habe andere Meinungen dazu gehört. Die Dame, auf die Sie anspielen, ist vom Kabarett und im Kabarett gibt es gewisse Freiheiten. Mich müssen Sie in fünf Jahren nicht mehr ertragen. Ich verlasse im Dezember 2012 meine Position.

TOP 5.4 Geschäftsbericht 2010 der Gemeindlichen Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH (gewog)

TOP 6 Schiedsstelle

TOP 6.1 Schiedsstelle - Wahl der stellvertretenden Schiedsperson **DS-Nr. 141/11/1**

Zur Wahl zur stellvertretenden Schiedsperson für die Schiedsstelle Kleinmachnow stehen

- Frau Christa Barth, Seeberg 11, 14532 Kleinmachnow
- Herr Wilfried Meinel, Iltisfang 3, 14532 Kleinmachnow

zur Verfügung.

- Frau Barth und Herr Meinel stellen sich den Gemeindevertretern vor.

- Es wird eine Wahlkommission aus drei Gemeindevertretern gebildet. Der Wahlkommission gehören an Herr Tauscher, Herr Heilmann und Herr Dr. Mueller. Herr Tauscher gibt das Wahlergebnis bekannt.

Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedsstelle:

Frau Barth	15 Stimmen
Herr Meinel	9 Stimmen
Ungültig	1 Stimme

- Frau Barth wird mehrheitlich zur stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedsstelle gewählt. Sie nimmt die Wahl an.

TOP 7 Satzungen und Beschlüsse nach BauGB/BauO, Bauangelegenheiten

TOP 7.1 Gehwegbau in der Straße Am Weinberg — DS-Nr. 139/11/1

Der Gehweg in der Straße Am Weinberg soll grundhaft erneuert und verbessert werden. Das Bauprogramm umfasst folgende Parameter:

1. Abschnitt östliche Seite von Einmündung im Tal (Höhe Zehlendorfer Damm) bis Einmündung Im Tal (vor Gemarkungsgrenze Teltow) ungerade Hausnummern:
   - Neubau in Mosaikpflasterbauweise eingefasst mit Klinkerzeilen,
   - Breite 1,20 m, Lage ca. 0,50 m von der Grundstücksgrenze entfernt,
   - Verstärkter Unterbau,
   - Vorhandenes Steinmaterial wird aufgenommen und wieder verwendet,
   - Befestigung der Gehwegüberfahrten in Granitkleinsteinpflaster, Farbe grau.

   Vorhandene Gehwegüberfahrten, die in technischer und optischer Ausführung dem Bauprogramm entsprechen, bleiben bestehen.

2. Abschnitt westliche Seite vor den Grundstücken Musikschule und Weinberg-Gymnasium
   - Neubau in Mosaikpflasterbauweise eingefasst mit Klinkerzeilen,
   - Breite 1,50 m, Lage ca. 0,50 m von der Grundstücksgrenze entfernt,
   - verstärkter Unterbau,
   - die höhemäßige Lage wird an die Straßenbäume angepasst,
   - Zufahrt Musikschule im Gehwegbereich in Granitpflaster, Farbe grau,
   - Zufahrt Gymnasium bleibt bestehen.

3. Abschnitt westliche Seite von Zehlendorfer Damm bis Bushaltestelle und Zufahrt Hausmeisterwohnung Gymnasium bis Betonpflastergehweg Ende Sporthalle:
   - Verbesserung der Gehwegoberfläche mit Natursteinsplitt Stärke 3,00 cm.

Anlagen
1. Lagepläne Vorplanung Blatt 7.1., 7.2. und 7.3 vom 30.05.2011
2. Querschnitt Vorplanung vom 30.05.2011

- Der Vorsitzende Herr Warnick fragt Herrn Lippoldt, ob er sich in der Angelegenheit für befangen erklärt. Herr Lippoldt führt aus, dass er sich für nicht befangen hält.

Antrag des Vorsitzenden der Gemeindevertretung – Abstimmung zur Befangenheit von Herrn Lippoldt

An der Aussprache zum Befangenheitsantrag beteiligen sich:

Herr Dr. Nitzsche zu Protokoll
Ich halte diesen Antrag für unberechtigt und auch nicht für vernünftig für diese Gemeindevertretung.

An der weiteren Aussprache zum Befangenheitsantrag beteiligen sich:
Frau Sahlmann
Bürgermeister Herr Grubert

Abstimmung zum Befangenheitsantrag:
Die Befangenheit wird mehrheitlich festgestellt. Nach § 22 BbgKVerf wird Herr Lippoldt von der Aussprache und Abstimmung ausgeschlossen.

Frau Dr. Kimpfel zu Protokoll
Die FDP-Fraktion verwahrt sich ausdrücklich gegen diesen Befangenheitsantrag.

Herr Lippoldt zu Protokoll
Niemand ist davor gefeit, unsinnige Anträge zu stellen, auch der Vorsitzende einer Gemeindevertretung nicht. Es ist Ihr gutes Recht, das zu tun. Sie werden verstehen, dass ich unter deutlichem Protest meinen Platz hier verlasse. Die Konsequenzen werden Sie dann zur Kenntnis nehmen.

Herr Musiol zu Protokoll
Herr Dr. Nitzsche hat darauf hingewiesen, dass der Bürgermeister auch befangen sein könnte. Können Sie dazu etwas sagen, Herr Vorsitzender?

- Der Vorsitzende Herr Warnick fragt, ob sich Mitglieder der Gemeindevertretung für befangen erklären. Das ist nicht der Fall.

Weitere Wortmeldungen zur Befangenheit von Herrn Lippoldt
- Herr Burkardt
- Herr Dr. Nitzsche

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

Bürgermeister Herr Grubert zu Protokoll
Der Gehweg wird als Gehweg erneuert und nicht als Radweg. Nur Kinder bis acht Jahre müssen nach StVO mit dem Rad auf dem Gehweg fahren, Kinder bis zehn Jahre dürfen es. Alle anderen Radfahrer müssen auf der Straße fahren.

An der Aussprache zur DS-Nr. 139/11/1 beteiligt sich:
Frau Dr. Kimpfel

Antrag der FDP-Fraktion – namentliche Abstimmung zur DS-Nr. 139/11/1

Herr Dr. Nitzsche zu Protokoll
Auf Grund des Ausschlusses von Herrn Lippoldt sehe ich diese Beschlussfassung als rechtswidrig an. Ich werde mich deshalb an der Beschlussfassung nicht beteiligen.

Frau Schwarzkopf zu Protokoll
Ich empfinde das Ausschlussverfahren von Herrn Lippoldt ebenfalls als rechtswidrig und kann deshalb an der Abstimmung nicht teilnehmen.

An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 139/11/1 beteiligen sich:
Bürgermeister Herr Grubert
Herr Dr. Klocksin
Frau Dr. Kimpfel
Herr Burkardt
Herr Kreemke
Frau Sahlmann

Bürgermeister Herr Grubert zu Protokoll
Es wird keine Palisaden auf der westlichen Seite geben. Es wird kein Radweg gebaut.

Frau Dr. Kimpfel zu Protokoll
Die Denkmalschutzbehörde hat geschrieben, dass sich die Erneuerung des Gehweges in Höhe, Länge und Breite an den historischen Vorgaben zu orientieren hat.

An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 139/11/1 beteiligen sich:
Herr Dr. Klocksin
Herr Templin

Änderungsantrag von Herrn Templin – Die Protokollierung des Bürgermeisters zum Radweg wird Bestandteil des Beschlussvorschlages.
Unter Punkt 1 wird als letzter Satz hinzugefügt:
Eine Freigabe der Gehwege für den Fahrradverkehr auf der östlichen Seite wird ausgeschlossen.

- Der Bürgermeister Herr Grubert übernimmt den Änderungsvorschlag.

Geschäftsordnungsantrag von Herrn Templin – Verweisung in den Bauausschuss
Herr Burkardt spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:
Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 139/11/1 beteiligen sich:
Bürgermeister Herr Grubert
Herr Grützmann

Namentliche Abstimmung zur spezifizierten DS-Nr. 139/11/1

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Baumgraß, Holger	X		
Burkardt, Ludwig	X		
Christall, John	X		
Eiternick, Gisela	X		
Grubert, Michael	X		
Grützmann, Christian		X	
Heilmann, Kathrin	X		
Heilmann, Horst	X		
Kimpfel, Dr. Kornelia		X	
Klocksin, Dr. Jens	X		
Krause-Hinrichs, Susanne	X		
Kreemke, Wolfgang	X		
Krüger, Bernd	X		
Lippoldt, Michael	-	-	-
Mueller, Dr. Axel	X		
Musiol, Frank			X
Nieter, Wolfgang	X		
Nitzsche, Dr. Klaus	-	-	-
Sahlmann, Barbara			X
Scharp, Dr. Michael			X
Scheib, Angelika	X		
Schwarzkopf, Andrea	-	-	-
Singer, Thomas	-	-	-
Tauscher, Maximilian	X		
Templin, Roland			X
Vogdt, Marion	-	-	-
von Törne, Anne		X	
von Wnuk-Lipinski, Arnim	-	-	-
Warnick, Klaus-Jürgen	X		
gesamt	**16**	**3**	**4**

Abstimmung zur DS-Nr. 139/11/1:
Die spezifizierte DS-Nr. 139/11/ wird mehrheitlich beschlossen.

Zehn Minuten Pause 20:45 Uhr bis 20:55 Uhr

TOP 7.2 **Öffentliche Auslegung des Entwurfes der 2. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-003-c "Eigenherd Süd" (Auslegungsbeschluss)** **DS-Nr. 144/11**

1. Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-003-c „Eigenherd Süd“ sowie die Begründung werden in der vorliegenden Fassung vom19.09.2011 gebilligt.
2. Der Entwurf und die Begründung sind gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Der Zeitraum ist rechtzeitig öffentlich bekannt zu machen.
3. Den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, ist ebenfalls Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
4. Das Änderungsverfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

Anlagen
1. Geltungsbereich 2. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-003-c „Eigenherd Süd“ Bebauungsplanentwurf (Stand 19.09.2011), bestehend aus
2. Teil A – Planzeichnung
3. Teil B – textliche Festsetzungen
4. Begründung, Stand 19.09.2011

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 144/11 beteiligen sich:
Herr Musiol
Frau von Törne
Herr Dr. Klocksin
Herr Lippoldt

Frau Schwarzkopf zu Protokoll
Ich werde dieser Beschlussvorlage zustimmen, um Schaden von den Anwohnern abzuwenden, habe aber tatsächlich meine Bedenken, dass dies Schule macht. Es müssen sich Gedanken gemacht werden, wie in Zukunft verhindert werden kann, dass eine ähnliche Situation eintritt.

Abstimmung zur DS-Nr. 144/11:

Die DS-Nr. 144/11 wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 7.3	Öffentliche Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-001-d "Eigenherdsiedlung Nord" (Auslegungsbeschluss)	DS-Nr. 145/11

1. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-001-d „Eigenherdsiedlung Nord“ sowie die Begründung werden in der vorliegenden Fassung vom 19.09.2011 gebilligt.
2. Der Entwurf und die Begründung sind gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Der Zeitraum ist rechtzeitig öffentlich bekannt zu machen.
3. Den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, ist ebenfalls Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
4. Das Änderungsverfahren wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

Anlagen
1. Geltungsbereich 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-001-d „Eigenherdsiedlung Nord“
2. Entwurf textliche Festsetzungen (TF) Nr. 6 (Stand: 19.09.2011) und TF Nr. 6 der zurzeit rechtswirksamen Fassung
3. Begründung, Stand 19.09.2011

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

- Nach § 22 BbgKVerf fühlen sich Herr Dr. Nitzsche und Herr Grützmann befangen und nehmen nicht an der Aussprache und Abstimmung zur DS-Nr. 145/11 teil.

An der Aussprache zur DS-Nr. 145/11 beteiligt sich:

Herr Lippoldt zu Protokoll
Ist dies ein B-Plan, in dem Mobilfunkantennen bereits ausgeschlossen sind? Wenn nicht, dann gilt hier der Beschluss der Gemeindevertretung, der beinhaltet, dass jeder B-Plan, der neu angelegt wird in einem reinen Wohngebiet, den Ausschluss von Mobilfunkanlagen enthalten muss.

Abstimmung zur DS-Nr. 145/11:
Die DS-Nr. 145/11 wird einstimmig beschlossen.

Persönliche Erklärung von Frau Dr. Kimpfel
Ich bitte den Bürgermeister zu Protokoll zu geben, dass der Ausschluss der Mobilfunkanlagen entsprechend des Gemeindevertreterbeschlusses in die Drucksache mit aufgenommen wird.

- Herr Warnick führt aus, dass das jetzt nicht mehr möglich ist, da die Abstimmung

zur DS-Nr. 145/11 bereits durchgeführt wurde.

TOP 7.4	**Änderung des Errichtungsbeschlusses DS-Nr. 088/09 für die Errichtung eines 2-geschossigen Anbaus an der Steinweg-Schule**	**DS-Nr. 158/11**

Die Gemeindevertretung beschließt:
1. Die Kosten der Kostengruppen 200 – 700 werden von 950.000,-€ auf 1.100.000,-€ angehoben.
2. Im Haushalt 2012 werden Mittel in Höhe von 850.000,-€ (700.000,-€ zzgl. zusätzliche Mittel in Höhe von 150.000,-€) eingestellt.

Anlagen
1. Kostenberechnung nach DIN 276 vom 15.09.2011
2. Vergleich Kostenberechnung 04.08.2010 und 15.09.2011
3. Zeitplanung

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 158/11 beteiligt sich:

Frau Scheib zu Protokoll
Dass endlich gebaut wird, freut uns natürlich. Diese Baukostenerhöhungen sind nachvollziehbar auf Grund der allgemeinen Baukostenerhöhungen. Hätte man früher gebaut, wären wir vielleicht auf weniger Kosten sitzengeblieben.

Abstimmung zur DS-Nr. 158/11:
Die DS-Nr. 158/11 wird einstimmig beschlossen.

Persönliche Erklärung von Herrn Grützmann:
Ich sehe durch eine Entscheidung der Direktorin der Steinwegschule die Existenz des Arleccino-Theatervereins als gefährdet an. Ich bitte darum, ein Augenmerk darauf zu richten, dass von der gesamten Gemeindevertretung und dem Bürgermeister darauf eingewirkt wird, dass dieser Theaterverein weiter am Leben erhalten werden muss.

TOP 8	**Umweltangelegenheiten**

TOP 8.1	**Umweltpreis 2011**	**DS-Nr. 147/11**

Mit dem Umweltpreis 2011 in Höhe von jeweils 250,00 € werden ausgezeichnet:
1. Herr Wilfried Preiß, Vogelwart, für die jahrelange ehrenamtliche Tätigkeit des Vogelschutzes in Kleinmachnow,
2. die Freie Waldorfschule Kleinmachnow für das Projekt „Autofreie Waldorfschule“

im März/April 2011und
3. der Imkerverein Kleinmachnow für sein Engagement der Bienenhaltung im Ort und in diesem Zusammenhang für seine Vermittlung und Arbeit an Schulen und Kindergärten.

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 147/11 beteiligen sich:
Bürgermeister Herr Grubert
Herr Musiol

Abstimmung zur DS-Nr. 147/11:
Die DS-Nr. 147/11 wird einstimmig beschlossen.

TOP 9	**Eigenbetrieb KITA-Verbund der Gemeinde Kleinmachnow**

TOP 9.1	**KITA-Verbund Kleinmachnow - Wirtschaftsplan 2012 des KITA-Verbundes**	**DS-Nr. 140/11**

Der Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes KITA-Verbund wird beschlossen.

Anlage
Wirtschaftsplan 2012

An der Aussprache zur DS-Nr. 140/11 beteiligen sich:
Es findet keine Aussprache statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 140/11:
Die DS-Nr. 140/11 wird einstimmig beschlossen.

TOP 10	**Eigenbetrieb Bauhof der Gemeinde Kleinmachnow**

TOP 10.1	**Eigenbetrieb Bauhof der Gemeinde Kleinmachnow - Wirtschafts-plan 2012**	**DS-Nr. 151/11**

Der Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes Bauhof der Gemeinde Kleinmachnow für das Wirtschaftsjahr 2012, in der Fassung vom 31. August 2011, wird beschlossen.

Anlagen

0. Vorbericht
1. Festsetzungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV für das Wirtschaftsjahr 2012
2. Erfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2012
3. Erfolgsübersicht
4. Finanzplan
5. Übersicht Einnahmen/Ausgaben
6. Stellenplan 2012

An der Aussprache zur DS-Nr. 151/11 beteiligen sich:
Es findet keine Aussprache statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 151/11:
Die DS-Nr. 151/11 wird einstimmig beschlossen.

TOP 11 Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe der Gemeinde Kleinmachnow

TOP 11.1 Jahresabschlüsse 2011 und 2012 der Eigenbetriebe der Gemeinde Kleinmachnow Jahresabschlussprüfung hier: Vorschlag zu einer zu beauftragenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft — DS-Nr. 149/11

Hinsichtlich der gemäß § 106 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg durchzuführenden Prüfung des Jahresabschlusses der Eigenbetriebe, macht die Gemeindevertretung von ihrem, ihr laut § 11 (2) der Betriebssatzungen für den Eigenbetrieb Bauhof der Gemeinde Kleinmachnow und für den Eigenbetrieb KITA-Verbund der Gemeinde Kleinmachnow, i. V. m. § 29 (1) der Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden, übertragenen Vorschlagsrecht Gebrauch und schlägt vor, die

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
RöverBrönner GmbH & Co. KG
vertreten durch Herrn Vedder
Auguste-Victoria-Straße 118
14193 Berlin

mit der Jahresabschlussprüfung der Jahre 2011 und 2012, der Eigenbetriebe der Gemeinde, Bauhof der Gemeinde Kleinmachnow und KITA-Verbund der Gemeinde Kleinmachnow, zu beauftragen.

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herr Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 149/11 beteiligen sich:
Herr Dr. Nitzsche
Frau Schwarzkopf

Abstimmung zur DS-Nr. 149/11:

Die DS-Nr. 149/11 wird einstimmig beschlossen.

TOP 12 Entgeltordnungen

TOP 12.1 Benutzungs- und Entgeltordnungen für die Schulen, die Sportstätten, den Bürgersaal und die Jugendfreizeiteinrichtung der Gemeinde Kleinmachnow — DS-Nr. 146/11

1. Zum 01. 01.2012 treten in Kraft die Benutzungs- und Entgeltordnungen für:
   a) die Schulen und Schulsportstätten der Gemeinde Kleinmachnow,
   b) den Bürgersaal im Rathaus Kleinmachnow und
   c) die Jugendfreizeiteinrichtung CARAT der Gemeinde Kleinmachnow.
2. Gleichzeitig treten außer Kraft:
   a) die Benutzerordnung für die Überlassung von Schulräumen der Gemeinde Kleinmachnow vom 01.10.1998
   b) die Entgeltordnung für die Überlassung und Benutzung von Schulräumen der Gemeinde Kleinmachnow vom 03.03.2008
   c) Benutzerordnung für die Zweifeldsporthalle der Eigenherd-Schule, im Kamp 7 vom 03.03.2008
   d) die Benutzerordnung – Bedingungen für die Überlassung und Benutzung von Räumen in folgenden Einrichtungen der Gemeinde Kleinmachnow: Kulturhaus Kammerspiele, Seniorenclub Toni Stemmler und Jugendfreizeiteinrichtung - vom 20.05.1999 und
   e) die Entgeltordnung für die Überlassung von Räumen der Gemeinde Kleinmachnow vom 01.01.2002.

Anlagen
1. Benutzungs- und Entgeltordnung für die Schulen und Sportstätten der Gemeinde Kleinmachnow
2. Benutzungs- und Entgeltordnung für den Bürgersaal im Rathaus Kleinmachnow und
3. Benutzungs- und Entgeltordnung für die Jugendfreizeiteinrichtung CARAT der Gemeinde Kleinmachnow

An der Aussprache zur DS-Nr. 146/11 beteiligen sich:
Es findet keine Aussprache statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 146/11:
Die DS-Nr. 146/11 wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 13 Haushalt

TOP 13.1 Jahresabschluss 2010 der Gemeinde Kleinmachnow **DS-Nr. 156/11**

Der geprüfte Jahresabschluss 2010, mit seinen Anlagen, durch den Hauptverwaltungsbeamten festgestellt am 14. Oktober 2011, wird gemäß § 82 Abs. 4 BbgKVerf beschlossen.

Anlagen
1. Jahresabschluss 2010 mit seinen Anlagen
2. Prüfbericht
3. Stellungnahme des Hauptverwaltungsbeamten

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert. Die Kämmerin, Frau Grohs, präsentiert noch einmal den Jahresabschluss.

- Frau Sahlmann bedankt sich im Namen der Gemeindevertretung bei Frau Grohs und den Mitarbeitern der Kämmerei für die gute geleistete Arbeit.

An der Aussprache zur DS-Nr. 156/11 beteiligt sich:

Herr Dr. Nitzsche zu Protokoll
Ich halte die Ausweisung der Vermögensschuldenlage und der Finanzlage in den Entwicklungsgebieten für fehlerhaft. Diese Fehlerhaftigkeit hat zur Wirkung, dass man hier in dieser Vertretung schwer die tatsächliche Situation in diesen Entwicklungsbereichen erkennen kann. Im Beteiligungsbericht ist ausgewiesen, dass die Gemeinde eine Zahlungsverpflichtung in Höhe von 3 Mio. Euro gegenüber der P & E hat hinsichtlich des Entwicklungsgebietes „Wohnen und Arbeiten“. Das ist der Fehlbetrag, wenn die Entwicklung abgeschlossen ist. Gibt es irgendwo anders eine Rückstellung in Höhe von 3 Mio. Euro, die diese Zahlungsverpflichtung der Gemeinde sichert?

Kämmerin Frau Grohs
Meiner Kurzdarstellung konnten Sie entnehmen, dass ich die Aktiv- und die Passivseite berücksichtigt habe. Wir haben die aus den Entwicklungsgebieten erwachsenen Verbindlichkeiten mit eingebucht in die Bilanz. Das war bereits zur Eröffnungsbilanz so und ist entsprechend zu den Jahresabschlüssen immer aktuell berücksichtigt worden, auf Grund der aktuellen Kosten- und Finanzierungspläne sowie von der Abrechnung der P & E.

Herr Dr. Nitzsche zu Protokoll
Wie ist diese Zahlungsverpflichtung, die die Gemeinde hat, abgesichert und ausgewiesen in der Bilanz?

Kämmerin Frau Grohs
In der Bilanz, Herr Dr. Nitzsche, sind Verbindlichkeiten ausgewiesen, dementsprechend sind natürlich keine Rückstellungen ausgewiesen, Zahlungsverpflichtungen die in den künftigen Jahren dementsprechend abgedeckt werden müssen.

Herr Dr. Nitzsche zu Protokoll
Sie haben also diese Verbindlichkeiten gegenüber der P & E ausgewiesen?

Kämmerin Frau Grohs
Ja.

Herr Dr. Nitzsche zu Protokoll
Auf Grund der fehlerhaften Darstellung kann ich dieser Bilanz nicht zustimmen.

An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 156/11 beteiligen sich:
Herr Burkardt
Herr Dr. Nitzsche

Abstimmung zur DS-Nr. 156/11:
Die DS-Nr. 156/11 wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 13.2	**Jahresabschluss 2010 der Gemeinde Kleinmachnow - Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten**	**DS-Nr. 157/11**

Dem Hauptverwaltungsbeamten, Herrn Michael Grubert, wird für das Haushaltsjahr 2010 Entlastung erteilt.

- Gemäß § 22 BbgKVerf fühlt sich Herr Bürgermeister Grubert befangen und nimmt nicht an der Aussprache und Abstimmung zur DS-Nr. 157/11 teil.

An der Aussprache zur DS-Nr. 157/11 beteiligen sich:

Herr Burkardt zu Protokoll
Die CDU-Fraktion wird der Entlastung des Bürgermeisters nicht zustimmen. Wir drücken damit unsere Missbilligung aus, für den Umgang mit dem Vorhaben Anbau Steinwegschule. Wir sind im Verlauf der letzten eineinhalb Jahre mehrfach vorgeführt worden und das wollen wir mit der Enthaltung zur Entlastung des Bürgermeisters ganz deutlich zum Ausdruck bringen. Das lassen wir nicht mehr mit uns machen.

An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 157/11 beteiligt sich:
Herr Dr. Nitzsche

Abstimmung zur DS-Nr. 157/11:
Die DS-Nr. 157/11 wird einstimmig beschlossen.

TOP 14	**Terminplanung**

TOP 14.1 Terminplanung 2012 **DS-Nr. 162/11/1**

Die Terminplanung 2012 (Anlage) für die Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse wird beschlossen.

Anlage
Terminplanung 2012

An der Aussprache zur DS-Nr. 162/11/1 beteiligen sich:

- Herr Tauscher fragt nach, warum in der Terminplanung im Mai 2012 die Reihenfolge für Umweltausschuss und Finanzausschuss geändert wurde. Herr Piecha führt aus, dass es sich um einen Schreibfehler handelt. Der Umweltausschuss findet am 21. Mai 2012 statt und der Finanzausschuss am 24. Mai 2012.

Abstimmung zur DS-Nr. 162/11/1:
Die DS-Nr. 162/11/1 wird einstimmig beschlossen.

- Herr Dr. Klocksin bittet die Verwaltung, die geänderte Terminplanung an alle Gemeindevertreter elektronisch zu versenden.

TOP 15 Information und Aussprache zu "Verkehrssicherungsmaßnahmen" auf dem Weinberg (Alteichen/Wanderweg) - Tagesordnungsvorschlag der Fraktion WIR

Erläuterungen von Herrn Musiol zum Tagesordnungspunkt
Mein Vertrauen in Verwaltungstätigkeit und Verwaltungshandeln, Herr Bürgermeister, ist mit den Maßnahmen, die ich in den letzten Wochen wahrnehmen musste, entscheidend gestört bzw. zerstört. Seit einigen Tagen denke ich darüber nach, wie das, was wir als gesellschaftlichen Konsens in den letzten Jahren erreicht haben, Ihrerseits wieder hergestellt werden könnte. Die gleiche Situation „Verkehrssicherungspflicht“ gab es bereits im Jahr 2004. Eine Ihrer Verwaltungsmitarbeiterinnen hat in einem Schreiben die Möglichkeit der Fällung der Alteichen kundgetan. Daraufhin haben sich Viele zusammengefunden und es ist ein Beschluss dabei herausgekommen, die DS-Nr. 036/04, die fraktionsübergreifend eingereicht und einstimmig beschlossen wurde. Ein Beschluss, der sämtliches Rumschnippeln an den Eichen ausschließt. Die Gemeindevertreter, die lange genug dabei sind, werden sich sehr gut an die Situation, die Presse und den gesellschaftlichen Konsens erinnern. Diesen gesellschaftlichen Konsens mahne ich hier noch einmal an, Herr Bürgermeister. Er hat auch dazu geführt, dass wir im Umweltausschuss drei Listen vorgelegt bekommen haben über Verkehrssicherungsmaßnahmen die Straßenbäume betreffend, Pflanzmaßnahmen für die kommende Saison und Verkehrssicherungsmaßnahmen im Wald. Vor etwa vier Wochen im Umweltausschuss haben wir die Listen bekommen, außer der Liste der Verkehrssicherungsmaßnahmen im Wald. Damals hab ich mir noch nichts dabei gedacht. Wenn ich nun aber den Ablauf der Tischvorlage überfliege, die als vertraulich deklariert ist, fällt mir auf, dass durchaus vor dem Umwelt-

ausschuss die Problematik in dem Bereich der Verwaltung bekannt war, dass an den Eichen etwas gemacht werden sollte. Es wurde nicht im Ausschuss informiert, es wurde nicht der Konsens mit den Gemeindevertretern gesucht und das im vollen Bewusstsein dieses Beschlusses aus dem Jahr 2004. Es ist eine Ungeheuerlichkeit was hier passiert ist. Die älteste Eiche ist natürlich knorrig, was auf Bildern nachweisbar ist, aber auch ein Beispiel für dieses Naturdenkmal, dieser Ast. Es wurde festgelegt, den Wanderweg aus dem Kronenbereich heraus zu verlegen und das nicht nur bei der ältesten Eiche, sondern auch bei der zweiten Eiche, die jetzt völlig verstümmelt auf dem Weinberg steht. Der Zaun des Weinberggymnasiums wurde verlegt und ein Stückchen des Grundstücks ist uns zugestanden worden. Seit sechs bis sieben Jahren gibt es keine Beschwerden darüber, dass ein Ast heruntergefallen oder jemand zu Schaden gekommen ist. Und nun wird in einer Nacht- und Nebelaktion das getan, was Ihre Verwalter 2004 schon machen wollten. Es sind Tatsachen geschaffen wurden, die fachlich schlecht ausgeführt worden sind. Jeder, der etwas Sachverstand hat, hat im Vorfeld gewusst, dass dieser Ast nicht grün vital ist, aber nicht abbruchgefährdet ist und dies prüfen lassen können. Bei dem zweiten Ast, der auf dem Privatgrundstück abgeschnitten worden ist, hätte man auch Verkehrssicherungsmaßnahmen einleiten können bis das Gutachten erstellt worden ist. Meine Information ist ähnlich der von Herrn Dr. Casperson, dass ein Gutachten die Voraussetzung für die Untere Naturschutzbehörde gewesen sein sollte, um dann Maßnahmen zu diskutieren und auszuführen. Ich habe das Gefühl, Herr Bürgermeister, hier wird vielen engagierten Bürgern dieser Gemeinde gezeigt, wer den längeren Arm hat, langfristig. Ihnen ist zeitweise, so wie uns Gemeindevertretern, diese Gemeinde anvertraut worden. Bei einer 700 Jahre alten Eiche ist eine Zeit von 4, 8 oder 16 Jahren Gemeindevertreter- bzw. Bürgermeisterzeit eine kleine Zeitspanne. Selbst für einen Verwalter, der in diesem Bereich 20 oder 30 Jahre zuständig ist, ist es eine kleine Zeitspanne. Das was an einer 700 Jahre alten Eiche gemacht worden ist, ist aus meiner Sicht unverantwortlich und muss Konsequenzen haben. Wer aus 2004 nichts gelernt hat, wer ein Votum von 28 Gemeindevertretern nicht akzeptiert, der gehört an diese verantwortungsvolle Stelle nicht hin. Das ist für mich die einzige Möglichkeit, hier eine Änderung in meinem Verhältnis zu Ihrer Glaubwürdigkeit als Verwalter und Jemand, der Bäume schützen will, wieder herzustellen.

An der Aussprache zum Tagesordnungspunkt beteiligen sich:
Herr Templin
Frau Sahlmann

Frau Dr. Kimpfel zu Protokoll
Ich bin immer wieder erstaunt zu hören, dass eine offensichtlich schlechte Arbeit, von der Verwaltung als eine gute Firma, die schon oft für die Gemeinde gearbeitet hat, hingestellt wird.

An der weiteren Aussprache zum Tagesordnungspunkt beteiligen sich:
Herr Dr. Klocksin
Herr Burkardt
Herr Musiol

Bürgermeister Herr Grubert zu Protokoll
An dieser Stelle möchte ich ausführen, dass ich diesen Vorfall sehr bedauere. So etwas darf nicht vorkommen. Sie können sicher sein, dass ich diesen Vorfall nach Abschluss des Gutachtens aufarbeiten werde. Wenn Maßnahmen getroffen worden

sind, werde ich über das Ergebnis in meiner Funktion als Personalleiter im nichtöffentlichen Teil berichten. Da es sich aber um ein laufendes Verfahren handelt, werde ich im Augenblick keine Stellungnahme dazu abgeben.

- Frau Dr. Kimpfel bemängelt, dass ihre Frage zur Vorbeugung von Feuchtigkeitsschäden an dem Baum noch nicht beantwortet worden ist.

Bürgermeister Herr Grubert zu Protokoll
Ich werde überprüfen, dass alles unternommen wird, dass es an dem Baum nicht durch Feuchtigkeit zu Pilzbefall o. ä. kommt.

Übergabe der Sitzungsleitung für den TOP 16 an die 1. Stellvertretende Vorsitzende, Frau von Törne

TOP 16 Anträge

TOP 16.1 Erweiterte Öffnungszeiten des Freibades **DS-Nr. 114/11**

Der Bürgermeister wird beauftragt den Betreiber zu veranlassen, die Öffnungszeiten des Freibades von bisher 9:00 bis 19:00 Uhr auf 7:00 bis 20:00 Uhr zu verlängern.

- Erläuterungen zum Antrag durch Frau Sahlmann.

Spezifizierung des Antrages durch Frau Sahlmann
…. auf 7:00 bis 19:00 Uhr ….

Änderungsantrag der Fraktion BIK
1. **Der Bürgermeister wird beauftragt, den Betreiber des Freibades zu veranlassen, ab 2012 montags bis samstags die Öffnungszeiten von bisher 9:00 Uhr auf 7:00 Uhr vorzuziehen.**
2. **Von 7:00 Uhr bis 9:00 Uhr ist ausschließlich das Schwimmerbecken zu nutzen.**
3. **Die geänderten Öffnungszeiten sind von Betreiber und Gemeinde rechtzeitig vor Beginn der Badesaison bekanntzumachen und zu bewerben.**
4. **Der Betreiber des Freibades wird angehalten, das Freibad während der gesamten Badesaison während der Öffnungszeiten offen zu halten. Ausnahmen stellen lediglich Unwetterlagen dar, die die Sicherheit der Freibadbesucher gefährden könnten.**

An der Aussprache zur DS-Nr. 114/11 beteiligen sich:
Herr Musiol

Herr Templin

Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Klocksin – Rückverweisung in den Finanzausschuss und den KuSo-Ausschuss
Frau Schwarzkopf spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:
Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

TOP 16.2	**Moratorium beim Verkauf gemeindeeigener und im Besitz vom gemeindeeigenen Gesellschaften befindlicher Grundstücke und Gebäude, die sozialen, kulturellen oder sportlichen Zwecken dienen könnten**	**DS-Nr. 117/11**

Der Bürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass bis zur Aufarbeitung der einstimmig verabschiedeten Drucksache DS-Nr. 091/11 (Auflistung des aktiv genutzten Flächenangebots und der Flächenreserven für kulturelle und sportliche Bildungseinrichtungen und langfristige Abschätzung des Bedarfs) keine gemeindeeigenen Grundstücke und Gebäude, die den darin enthaltenen Anforderungen genügen, auch nicht durch gemeindeeigene Gesellschaften, veräußert werden.

- Erläuterungen zum Antrag durch Herrn Warnick.

An der Aussprache zur DS-Nr. 117/11 beteiligen sich:
Bürgermeister Herr Grubert
Herr Musiol
Herr Dr. Nitzsche
Herr Warnick

Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Nitzsche – Ende der Rednerliste

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:
Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 117/11 beteiligen sich:
Herr Templin
Herr Burkardt
Herr Warnick

Abstimmung zur DS-Nr. 117/11:
Die DS-Nr. 117/11 wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 16.3	**Bessere öffentliche Darstellung der Gemeinde durch ihre Internet-**	**DS-Nr. 148/11**

seite - Antrag von Herrn Thomas Singer

Der Bürgermeister wird beauftragt:
- eine Offline-Kopie der Internetseite der Gemeinde Kleinmachnow erstellen zu lassen,
- während der Öffnungszeiten des Rathauses einen Bildschirmarbeitsplatz vor dem Bürgerbüro einzurichten, der mit dieser Offline-Variante der Internetseite bestückt ist,
- in einem zweiten Schritt prüfen zu lassen, wie ein echter Internetzugang im Foyer des Rathauses so eingerichtet werden kann, dass der Zugang nicht für kommerzielle, unsittliche oder gesetzeswidrige Zwecke genutzt werden kann (Erfahrungen sind bei jedem öffentlichen WLAN-Anbieter abgreifbar),
- in einem dritten Schritt zu prüfen, einen festen, öffentlichen Bildschirmarbeitsplatz mit Internetzugang während der Öffnungszeiten des Rathauses in einer vandalismussicheren Version zu installieren.

Geschäftsordnungsantrag von Herrn Tauscher – Verweisung in den Finanzausschuss und den KuSo-Ausschuss

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:
Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

TOP 16.4 **Vorbereitung für die Durchführung der 2. Stufe (= Volksbegehren) der Volksinitiative Brandenburg für ein uneingeschränktes Nachtflugverbot am künftigen Hauptstadtflughafen "Willy Brandt" in Schönefeld - Antrag der Fraktionen FDP, CDU, SPD/PRO, B 90/G** **DS-Nr. 160/11**

Der Bürgermeister wird beauftragt, zur Erleichterung der Unterschriftenabgabe der Kleinmachnower Bürgerinnen und Bürger, die das Volksbegehren für ein absolutes Nachtflugverbot zwischen 22:00 und 06:00 Uhr am künftigen Hauptstadtflughafen „Willy Brandt“ unterstützen wollen, alle technischen und organisatorischen Möglichkeiten zu prüfen und auszuschöpfen. Dazu sollen insbesondere die allgemeinen Öffnungszeiten der Meldebehörde während des für die Abgabe der Unterschriften gesetzlich vorgegebenen Zeitraums ausgedehnt werden, auch auf alle Samstage. Auch ein mobiles Bürgerbüro der Meldebehörde soll als „amtlicher Eintragungsraum“ zum Einsatz kommen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Erfahrungen mit der mobilen Einheit auszuwerten und der Gemeindevertretung nach Ende der Unterschriftensammlung zum Volksbegehren darüber Bericht zu erstatten.

- Erläuterungen zur Drucksache durch Herrn Lippoldt.

Änderungsantrag der Fraktion Die. LINKE
Satz 1 und 2 bleiben bestehen.
Die bisherigen Sätze 3 und 4 entfallen.

Der dritte Satz lautet:

Die Bürgerinnen und Bürger von Kleinmachnow sind in einer Postwurfsendung, auf der Internetseite der Gemeinde und durch Presseinformationen über die temporär erweiterten Öffnungszeiten zu informieren.

An der Aussprache zur DS-Nr. 160/11 beteiligen sich:
Bürgermeister Herr Grubert
Herr Warnick
Herr Musiol
Frau Schwarzkopf

Herr Dr. Klocksin zu Protokoll
Ich schlage vor, dass der Antrag bleibt, so wie er ist und wir ihm unser Votum geben. Wir haben alle verstanden, worum es geht.

An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 160/11 beteiligen sich:
Herr Lippoldt
Herr Warnick

- **Herrn Warnick zieht den Änderungsantrag der Fraktion Die LINKE. zurück und bringt folgenden neuen Änderungsantrag ein.**

Änderungsantrag von Herrn Warnick
Der letzte Satz im 1. Absatz wird wie folgt geändert:
Es soll geprüft werden, ob ein mobiles Bürgerbüro der Meldebehörde zum Einsatz kommen kann und welche Kosten der Gemeinde dadurch entstehen. Der Bürgermeister wird in der nächsten Gemeindevertretersitzung darüber Bericht erstatten.

Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Nitzsche – Ende der Rednerliste zum Änderungsantrag.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:
Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

Abstimmung zum Änderungsantrag:
Der Änderungsantrag wird mehrheitlich **abgelehnt.**

An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 160/11 beteiligt sich:

Herr Templin zu Protokoll
Die Fraktion BIK tritt dem Antrag als Einreicher bei.

Abstimmung zur DS-Nr. 160/11:
Die DS-Nr. 160/11 wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 16.5	Jugendzentrum für Kleinmachnow - Antrag der Fraktion SPD/PRO	DS-Nr. 182/11

Der Bürgermeister wird beauftragt, geeignete Räumlichkeiten bzw. einen Standort für ein Jugendzentrum zu identifizieren und in Verbindung mit einem Betriebskonzept der Gemeindevertretung bis zum 01. März 2012 vorzustellen.

Geschäftsordnungsantrag von Frau Heilmann – Verweisung in den Finanzausschuss und den KuSo-Ausschuss

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:
Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

Frau von Törne übergibt die Sitzungsleitung wieder an den Vorsitzenden, Herrn Warnick

TOP 17	Anfragen nach § 7 Absatz 2 GO (schriftliche Anfragen)

TOP 17.1	Bescheide zum Straßenbau "Eichenweg" - schriftliche Anfragen von Herrn Musiol	DS-Nr. 180/11

Die Bescheide zum Straßenbau „Eichenweg“ sind ergangen. Auf die daraufhin erfolgten Widersprüche ist bis heute seitens der Gemeinde keine Reaktion erfolgt.

1. **Warum gibt es bis heute auf die Widersprüche der Eigentümer keine Bescheide?**
2. **Wie sind die Fristen zur Beantwortung von Widersprüchen gegen Straßenbaubeiträge geregelt? Bitte Rechtsgrundlage benennen.**
3. **Sind die Fristen eingehalten worden?**
4. **Wann ist mit der Bescheidung der Widersprüche zu rechnen?**

Die Fragen wurden durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

TOP 18	Anfragen nach § 7 Absatz 3 GO (mündliche Anfragen)

1. Herr Dr. Klocksin

1.1. Im Spätsommer letzten Jahres habe ich die Frage an die Verwaltung gestellt, wie es sich mit der Reinigung des Bannwaldes verhält. Daraufhin erhielt ich die Antwort, dass Personalknappheiten eine Reinigung nicht möglich machten, aber vor der Blattfallsaison dies geschehe. Als die Blätter fielen und der Müll immer noch nicht aufgeräumt war, hieß es, das würde im nächsten Jahr anders sein. Jetzt ist ein Jahr vergangen und die Blätter fallen und der Müll im

Bannwald liegt immer noch. Wie sieht der Reinigungsplan des Bannwaldes aus? Wer besorgt die Reinigung? In welchen Abständen wird die Reinigung von wem durchgeführt?

Die Fragen werden durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

2. Frau Schwarzkopf

2.1. Am 05. Mai 2011 wurde der Rückbau des Zaunes an der nördlichen Grenze der Eigenherdschule beschlossen. Der Zaun steht immer noch. Wann wird der Zaun abgebaut?

Frau Neidel, Fachbereichsleiterin Bauen/Wohnen
Es ist wieder Rasen angesät worden. Der Zaun steht nur noch zur Sicherung des Grüns und wird spätestens zum Jahresende abgebaut werden.

3. Herr Musiol

3.1. Nach einem ausführlichen Gespräch mit Frau Pfarrerin Rosenthal musste ich feststellen, dass sich die Positionen der Kirche geändert haben, dessen was sie bauen wollen. In einem Artikel gestern in der MAZ habe ich gleiches erfahren. Haben Sie vor, die Auslage auf Grund der geänderten Voraussetzungen zu stoppen und erneut in der Gemeindevertretung zu diskutieren oder warten Sie ein Votum bei der eigentlichen Beschlussfassung ab, wo es vielleicht keine Mehrheiten mehr geben sollte, mit geänderten Voraussetzungen?

Bürgermeister Herr Grubert
Gestern habe ich auch mit großer Überraschung in der Presse den Artikel gelesen. Meine Position hat sich nicht geändert. Ich denke, die Auffassung die bisher in der Gemeindeverwaltung und von der Mehrheit der Gemeindevertreter zur Genehmigung kam durch die Auslegung, wird weiter verfolgt. Leider kann ich nichts dafür, wenn die Kirche ihre Meinung ändert. Wir sind dabei, die Auslegung weiter fortzuführen.

Herr Lippoldt
Ich habe die Information nicht aus der Zeitung, sondern aus dem Gemeindebrief. Sie sind doch Mitglied der Evangelischen Kirchengemeinde und müssten den Brief ja auch bekommen haben. Da steht alles drin.

Bürgermeister Herr Grubert
Was steht in dem Brief?

Herr Lippoldt
Dass die Gemeindekirche ihre Planungen verändern wird und dass ein neuer Fachmann beauftragt ist, der Größe im kleinen Gehäuse macht.

Bürgermeister Herr Grubert
Wir machen eine Planung und wenn die Kirche im alten Dorfkern etwas kleiner bau-

en sollte, wäre das sehr zu begrüßen.

Nachfrage von Herrn Musiol:
Herr Bürgermeister, ich verstehe ich Antwort so, dass Sie keine geänderten Voraussetzungen im Augenblick seitens der Kirche sehen, als wir das als Grundlage diskutiert haben. Ein großer Saal neben der Dorfkirche mit allen Facetten.

Bürgermeister Herr Grubert
Meine Auffassung ist, dass sich in dem bisherigen B-Planverfahren nichts an den jetzigen Stand geändert hat und dass die Auslegung so vorgenommen wird. Wenn sich im Laufe des Verfahrens etwas ändern sollte, kann man ja auch eine Einschränkung des Baurechts vornehmen. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es nichts, was an der Auslegung und dem bisherigen Verfahren etwas ändert.

4. Frau Sahlmann
4.1. Hat die gewog einen Kaufvertrag mit Kondor Wessels über das Grundstück südlich des Rathauses, zum Seeberg hin, geschlossen?
4.2. Gibt es Gespräche mit Frau Pfarrerin Rosenthal von der Evangelischen Kirche, über die Nutzung des Grundstücks als Kirchenstandort?

Bürgermeister Herr Grubert
zu 4.1.
Ja.

zu 4.2.
Die Frage müssen Sie der gewog stellen.

5. Herr Grützmann
5.1. Am 25. Oktober 2011 habe ich Akteneinsicht zum Vorgang „Umsetzung der Phryne“ bei Herrn Piecha beantragt. Am heutigen Tage um 7:56 Uhr erhielt ich endlich die Zusage, dass ich die Akten einsehen darf. Warum dauert so ein Genehmigungsverfahren so lange?
5.2. Von der Verwaltung wurde der Wirtschaftsberater Ditte aus Berlin für den weiteren Verfahrensverlauf zum Interessenbekundungsverfahren Kammerspiele ausgewählt. Der Kinobetreiber Steenwerth aus Werder dazu aber nicht weiter zugelassen. Unsere Fraktion hat gleich bei Frau Weger nachgefragt, warum das so ist, haben aber keine erschöpfende Auskunft erhalten. Für mich stellt dies einen großen Widerspruch dar und dafür möchte ich eine Erklärung.

Bürgermeister Herr Grubert
zu 5.1.
Die Frist halte ich für angemessen.

Herr Grützmann:
Sie haben aber das Schreiben am 26.10.2011 schon an Herrn Piecha zurückgegeben. Damit muss ich feststellen, dass Herr Piecha auf dieser Sache „geschlafen“ hat.

zu 5.2.
Bei dem Interessenverfahren handelt es sich um ein nichtförmliches Interessenbekundungsverfahren, was den Eindruck schaffen sollte, ob ein Betreiber für die Kammerspiele gefunden werden kann oder nicht. Einen Beschluss zum Kauf der Kammerspiele wird die Verwaltung zur nächsten Gemeindevertretersitzung einbringen. Dann gibt es noch ein förmliches Interessenbekundungsverfahren und erst danach wird ein Betreiber ausgewählt. Da wir mit Herrn Martens schon jemanden ausgewählt hatten, der dieses Projekt mit Kino betreibt, schien es uns in diesem Falle sinnvoller, Ihnen noch eine zweite Gruppe vorzustellen, als noch einen zweiten Kinobetreiber. Natürlich hat Jeder im förmlichen Interessenbekundungsverfahren, das im kommenden Frühjahr anlaufen wird, die Möglichkeit, sich für den Betrieb zu bewerben. Dann wird auch die Gemeindevertretung mit einbezogen.

Anmerkung von Herrn Grützmann:
Ich habe den Eindruck, dass die Gemeindevertretung bei der Initiierung dieses Interessenbekundungsverfahrens nicht mitgewirkt hat. Es gab nicht genügend Informationen dazu. Ich bitte darum, dass in Zukunft zu diesem Verfahren die entsprechenden Erläuterungen gegeben werden. Kann das im nächsten Schritt transparenter erfolgen?

Bürgermeister Herr Grubert
Ein förmliches Interessenbekundungsverfahren unterliegt bestimmten Regeln. Das wird sicher transparenter werden.

6. Herr Burkardt
6.1. Wie haben sich die Gewerbesteuereinnahmen per 31.10.2011 im Vergleich zum 31.10.2010 entwickelt?
6.2. Wie hoch wird das Anordnungssoll der Gewerbesteuereinnahmen per 31.12.2011 voraussichtlich sein und wie hoch war es per 31.12.2010?

Die gleichen Angaben hätten wir gern für die Einnahmen aus der Grundsteuer B, den Gemeindesteueranteilen der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer.

Die Fragen werden durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

- **Nach § 9 Absatz 6 werden nach 23:00 Uhr keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Es wird darüber abgestimmt, ob der Tagesordnungsvorschlag der FDP-Fraktion unter TOP 21 in einer Fortsetzungssitzung oder in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung behandelt wird.**

- **Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, den Tagesordnungsvorschlag der FDP-Fraktion in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung zu behandeln.**

Kleinmachnow, 24. November 2011

K.-J. Warnick
Vorsitzender der Gemeindevertretung

Anlage
Anwesenheitsliste